

An die Bürgermeisterin
der Stadt Gütersloh
Frau Maria Unger

**Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Rat der Stadt Gütersloh**
Birgit Niemann-Hollatz, Sprecherin
Maik Steiner, Stellv. Sprecher

Böttchergasse 4
33330 Gütersloh
05241 26533
fraktion@gruene-guetersloh.de
gruene-guetersloh.de

Gütersloh, 27. Juni 2014

Antrag

Sehr geehrte Frau Unger,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragt in der Ratssitzung am 27.06.2014 folgenden Beschluss unter TOP 18 zu fassen:

Der Rat der Stadt Gütersloh lehnt das derzeit verhandelte und so geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU ab. Es senkt anerkannte Standards und schmälert die Rechte der Kommunen. Ein transatlantisches Freihandelsabkommen um jeden Preis darf es nicht geben. Der Rat lehnt das so geplante Freihandelsabkommen auf der Basis dieses Verhandlungsmandats aus folgenden Gründen ab:

1. Verhandlungen mit so großer Tragweite dürfen nicht unter Ausschluss der Parlamente und der Öffentlichkeit stattfinden.
2. Der Handlungsspielraum von Parlamenten, kommunalen Vertretungen und Regierungen darf nicht unangemessen eingeschränkt werden.
3. Die europäischen wie auch kommunalen Standards im Umwelt- und Klimaschutz sowie im Gesundheits- und Verbraucherschutz dürfen nicht abgesenkt werden.
4. Unser Rechtsstaat und unser bewährtes Justizsystem dürfen nicht ausgehebelt werden.
5. Es bedarf eines besseren Datenschutzes, nicht eines schwächeren, um die Freiheit und das Recht auch im Internet zu sichern.

Kultur und Medien sind keine Ware. Kulturelle Vielfalt und die freie Meinungsbildung sind Grundlagen eines freiheitlichen Rechtsstaates.

6. Großen Unternehmen soll kein Vorschub geleistet werden, mittelständische Unternehmen aus dem Markt zu verdrängen.
7. Soziale und ökologische Standards müssen Bestandteil in den öffentlichen Ausschreibungen der Stadt Gütersloh sein.
8. Die kommunale Daseinsvorsorge darf nicht eingeschränkt oder sogar vollkommen ausgehebelt werden.
9. Der Rat der Stadt Gütersloh hat am 16.05.2014 einen Beschluss gegen Fracking gefasst. Genau diese Art der Rohstoffgewinnung würde durch das verhandelte Abkommen ermöglicht. Außerdem wollen wir keine Privatisierung der Wasserversorgung, kein Gen-Food, keine Chlorhähnchen, kein Hormonfleisch und kein Asbest.

Mit freundlichen Grüßen,



Birgit Niemann-Hollatz
Fraktionssprecherin



Maik Steiner
Stellvertretender Fraktionssprecher